



Politischer Kurzbericht

Hokuspokus um (Nicht-) Rücktritt der Regierung und (keine) Neuwahlen in Rumänien

von

Dr. Günter W. Dill / Georgeta Voinea

Außenstelle Bukarest der Konrad-Adenauer-Stiftung

Bukarest, 20. Juli 2005

Noch vor wenigen Wochen war die Abweisung des Misstrauensantrags der parlamentarischen Opposition gegen die Regierung von Ministerpräsident Calin Popescu Tariceanu Anlass zu verhaltenem Optimismus im Hinblick auf weitere Fortschritte auf dem Weg zum EU-Beitritt. Das Schmierentheater der letzten 14 Tage um die Ankündigung der Demission des Ministerpräsidenten, die Rücknahme der Ankündigung, den erneuten Rücktrittsentschluss kurze Zeit später (diesmal aber unwiderruflich) und schließlich –Anfang dieser Woche – den ebenso unwiderruflichen Verzicht auf den Rücktritt und damit auf vorgezogene Neuwahlen vor dem Hintergrund der verheerenden Flutkatastrophe in weiten Teilen Rumäniens hat freilich einen immensen politischen Flurschaden hinterlassen – nicht zuletzt im Hinblick auf die Glaubwürdigkeit der zugegebenermaßen beachtlichen Reformanstrengungen in Sachen Rechtsstaatlichkeit.

Dabei war Anfang Juli noch *Tariceanus* erstem Demissionsangebot noch ein Stück Plausibilität abzugewinnen. U.a. auf Antrag der oppositionellen Parteien PSD (Sozialdemokratische Partei) und der Partei Großrumäniens (PRM) hatte der Verfassungsgerichtshof 4 Passagen des Gesetzespakets der Regierung zur Justizreform

für verfassungswidrig erklärt. Kern der Reform war neben dem Versuch, das Verfahren der Ernennung der Richter transparenter zu machen, auch die Absicht, das System politischer Patronage abzuschaffen, das bis in die Ceausescu-Ära zurückreicht.

Ob zu Recht oder nicht – die Entscheidung des Verfassungsgerichts geriet sehr schnell in den Verdacht, ein „politisches“ Urteil zu sein. Oder anders gewendet: In der Öffentlichkeit entstand der Eindruck, dass mit dem Urteil die Privilegien einer kleinen, aber mächtigen Gruppe von Richtern und Staatsanwälten gesichert werden sollte, was – so die Schlussfolgerung – auch im Interesse der bis Ende letzten Jahres regierenden Postkommunisten (PSD) war. Schließlich gab es unwiderlegbare Beweise für sehr enge, auch persönliche Beziehungen zwischen Mitgliedern des Verfassungsgerichts und der PSD.

Unter diesen Umständen sah sich Ministerpräsident *Tariceanu* veranlasst, seine Demission anzukündigen und gleichzeitig vorgezogene Neuwahlen in Aussicht zu stellen: „Die Blockierung der Justizreform bedeutet, dass wir keine Chance haben, einen positiven Fortschrittsbericht der EU zu bekommen, was es Rumänien erlauben würde, 2007 beizutreten. Die Bevölkerung kann nun darüber abstimmen, ob sie dieses schmutzige System beizubehalten wünscht – mit einem Verfassungsgericht, das dominiert wird durch die frühere Regierungspartei“.

Eine erste Überprüfung seiner eigenen Demissionsankündigung vollzog der Ministerpräsident anlässlich des Vermittlungsversuchs Präsident *Basescus*, dem die Regierung und alle Partei- und Fraktionsspitzen geladen waren.

Nachdem sich aber in der nächsten Parlamentssitzung abzeichnete, dass sich – im Gegensatz zum Regierungschef – eine Mehrheit für die „amputierte“ Justizreform aussprechen würde (tatsächlich stimmten auch die kleinen Koalitionsparteien UDMR und PC mit der oppositionellen PSD!!!), war für *Tariceanu* der Zeitpunkt gekommen, erneut seinen Rücktritt für den Zeitpunkt seiner Rückkehr von einer Reise nach Brüssel anzukündigen – nunmehr unwiderruflich.....

Aber schon wenige Tage später wurde auch diese Absicht unter Verweis auf die aus der aktuellen Hochwasserkatastrophe in Ostrumänien resultierende „patriotische Pflicht“ (O-Ton *Tariceanu*: „Eine Führungspersonlichkeit verlässt niemals sein Volk in Zeiten der Not“) zurückgenommen und damit – zumindest vorläufig – die Diskussion um Neuwahlen auf unbestimmte Zeit verschoben.

„Nun hat die Flut auch noch den Regierungssitz erreicht und die letzte Spur von Glaubwürdigkeit weggespült“ - so oder ähnlich unterzog die überwiegende Zahl der Medien die schwankende Haltung des Ministerpräsidenten einer harschen Kritik.

Bei näherer Prüfung fällt auf , dass die Ankündigung von Neuwahlen niemanden sonderlich überrascht hatte, ja auch nicht überraschen konnte. Denn schon unmittelbar nach Investitur der neuen Regierung Ende 2004 hatte Präsident *Basescu* auf baldige Durchführung von Neuwahlen gedrängt, um auf diese Weise die parlamentarische Basis für die regierende Koalition der Allianz von Nationalliberalen(PNL) und Demokratischer Partei(PD), der Union der ungarischen Minderheit (UDMR) und der damals noch Humanistischen Partei (PUR, jetzt Konservative Partei/PC) zu verbreitern bzw. gegenüber dem kleinen Koalitionspartner PUR weniger erpressbar zu werden.

Die Meinungsumfragen der letzten Monate ließen diese Überlegungen als durchaus realistisch erscheinen, so dass viele mit einer Wahl noch in diesem Jahr gerechnet hatten. Immerhin zeigte sich auch die Geschäftswelt unbeeindruckt von der Aussicht auf Neuwahlen: Die Rating -Agentur Standard & Poor's wies darauf hin dass sich an der zunehmend positiven Einschätzung Rumäniens nichts ändern dürfte, zumal die rumänische Mitte- Regierung sich festgelegt habe auf die Umsetzung wirtschaftlicher und institutioneller Reformen im Lande. Auch die Aufwertungstendenzen der seit 1.Juli reformierten Währung hielten weiter an.

Zweifellos ist in der Blockade der für Rumänien wie für die EU so wichtigen Justizreformen wie auch in der Perspektive von Neuwahlen eine erhebliche Verzögerung

der gesamten Beitrittsagenda zu sehen... als genau das, was Rumänien zum derzeitigen Zeitpunkt am allerwenigsten gebrauchen kann.

Andererseits ist – wie auch von EU-Kommissar *Ollie Rehn* mehrfach betont – in der Tatsache vorgezogener Neuwahlen kein eigentliches Hindernis für den Beitrittsprozess zu sehen. Schwerer wiegt da schon die Verzögerung aller Reformen, was freilich für den angestrebten Beitrittstermin 2007 ein deutlich schwereres Belastungsmoment darstellt.

Also doch eine ernste politische Krise hinter dem verwirrenden Hin und Her – oder doch nur taktische Manöver?

Ein Blick auf die Parteienlandschaft macht schnell deutlich, wer sich für den legitimen Gewinner und andere für die Verlierer hält: entsprechend kommentierten die Parteisprecher den Nutzen resp. die Risiken vorgezogener Parlamentswahlen.

Während die Parteien der Allianz PNL-PD zunächst(!) nur Verschiebungen im Kräfteverhältnis zueinander befürchten mussten, lag das Ganze bei den kleinen mitregierenden Parteien schon ganz anders. Nicht umsonst hatte die Union der Ungarn UDMR, die mit nur 6% der Wählerstimmen bei der letzten Wahl 2004 um den Wiedereinzug ins Parlament fürchten musste, (letztlich vergeblich) die Senkung der 5%-Hürde auf 4% beantragt. Auch die PC hätte nach den letzten Wahlumfragen kaum Chance auf mehr als 1% gehabt, was das (von vielen gewünschte) parlamentarische Aus bedeutet hätte. Beiden Gruppierungen konnte also nicht an Neuwahlen gelegen sein.

Für die größte Oppositionspartei PSD hätte ein vorgezogene Neuwahl angesichts der schlechten Umfragewerte von etwa 28% eine weitere Schwächung bedeutet. Der Parteivorsitzende und frühere Außenminister, *Mircea Geoana*, lenkte davon aber ab, beklagte vielmehr die Sinnlosigkeit der Wahlen vor dem Hintergrund des zeitlich engen EU-Beitrittsprozesses und beschwor vielmehr ein „Regierung der nationalen Einheit“. Entsprechende Signale zur Bildung einer gemeinsamen Allianz wurden den ehemaligen

Koalitionspartnern UDMR und PC übermittelt, was ja der Sprengung der aktuellen Regierungskoalition gleichgekommen wäre.

Aber auch die Allianz von PNL und PD hat nur vordergründig die Rochaden von Ministerpräsident Tariceanu mitgetragen. Insbesondere die Nationalliberalen zeigen inzwischen ganz offen unüberbrückbare Divergenzen. Der frühere Parteivorsitzende *Valeriu Stoica* bezweifelt öffentlich die Führungsqualität von *Tariceanu* und empfiehlt, „im Interesse der Glaubwürdigkeit der Partei“ dessen Ablösung durch *Theodor Stolojan*, der 2004 auf die Präsidentschaftskandidatur verzichtet hatte und derzeit Präsidentenberater für Wirtschaftsfragen ist.

Die Demokraten (PD) halten zwar nach wie vor an der Forderung nach Neuwahlen fest und verzichteten deshalb auch zunächst auf eine offene Kritik an Ministerpräsident Tariceanu. Hinter den Kulissen rumort es aber beträchtlich: es gilt als ausgemacht, dass eine große Chance für eine komfortable Regierungsmehrheit vertan worden ist. Inzwischen wird auch von Seiten der PD *Theodor Stolojan* als der möglicherweise bessere Regierungschef ins Gespräch gebracht.

Letztlich dürften damit auch die Führungsgremien der PD und selbst Präsident *Basescu* angesichts der stark gesunkenen Sympathie-Werte ihre Neuwahl-Pläne aufgegeben haben. Immerhin sind mehr als die Hälfte der Bevölkerung gegen Neuwahlen zum jetzigen Zeitpunkt, was für die Befürworter zu einem Bumerang-Effekt hätte führen können.

So gesehen steht die Regierungskoalition vor einem beträchtlichen politischen Flurschaden; die Tage von Ministerpräsident *Tariceanu* dürften gezählt sein.

